

Gerhard Schröder über Russland und Europa

"Wir sägen den Ast ab, auf dem wir sitzen"

29. Januar 2021 um 22:00 Uhr | Lesedauer: 17 Minuten



Gerhard Schröder. Foto: Stefan Finger

Interview Der Altkanzler wirbt in seinem neuen Buch gemeinsam mit Co-Autor Gregor Schöllgen dafür, Russland als Partner zu betrachten. Wladimir Putin sei kein Hasardeur und die Fertigstellung der Ostseepipeline unverzichtbar. Die Nato müsse reformiert, die europäische Einheit vorangetrieben werden. Auch innenpolitisch hat Schröder eine eindeutige Meinung.

Von Moritz Döbler



Hinter Gerhard Schröders Schreibtisch in seiner Kanzlei in Hannover hängen Porträts der sieben bisherigen Bundeskanzler, von Konrad Adenauer bis zu ihm selbst. Neben dem letzten Rahmen ist schon ein weiterer Nagel eingeschlagen: für Angela Merkel. Sie soll aber erst hängen, wenn ihre Amtszeit endet. Das gerahmte Foto, wie die anderen von Konrad R. Müller aufgenommen, steht auf dem Fußboden in einer Ecke bereit. In acht Monaten wird gewählt; Schröders Niederlage liegt dann 16 Jahre zurück. Er blieb aktiv, unter anderem als Aufsichtsratsvorsitzender der Nord Stream AG und von Rosneft, die sich mehrheitlich in russischem Besitz befinden. Vor knapp drei Jahren hat er zum fünften Mal geheiratet, nach dem Interview schaut So-yeon Schröder-Kim in seinem Arbeitszimmer vorbei – sie vermarktet das Land NRW als Wirtschaftsstandort in Südkorea. Gerade ist ein Buch erschienen, das der 76-Jährige gemeinsam mit dem Historiker Gregor Schöllgen geschrieben hat.

Herr Schröder, "Letzte Chance" heißt Ihr neues Buch. Es geht darin vor allem um Außenpolitik, Sie plädieren für "eine neue Weltordnung". So viel Apokalypse bin ich von Ihnen nicht gewohnt. Das klingt wie Joschka Fischer. Wie kommt's?

SCHRÖDER (lacht) Die Frage ist doch: Wie soll es weitergehen? Wir müssen uns entscheiden, welche Rolle Deutschland im Konzert der Weltmächte spielen soll. Für uns ist klar: Es kommt nur eine europäische Lösung infrage. Jetzt geht es darum, wer potenzielle Partner sein können. Aber wir sollten Professor Schöllgen fragen, denn wir haben das Buch gemeinsam geschrieben. Wenn es apokalyptisch klingt, dann trägt er genauso viel Verantwortung daran wie ich.

SCHÖLLGEN Die neue Weltordnung muss her, weil die alte nicht mehr trägt. Sie hat sich in Luft aufgelöst. Mit dem Untergang der Sowjetunion und des Warschauer Pakts ist die geteilte Welt des Kalten Krieges seit nunmehr 30 Jahren Geschichte. Der eine Teil ist implodiert, ohne dass ein Schuss gefallen wäre. Der andere Teil, nämlich der sogenannte Westen, besteht mehr oder weniger unverändert fort. Dieser Konstruktionsfehler muss aufgelöst werden, wenn wir den neuen Herausforderungen gerecht werden wollen.

Sie fordern die Auflösung der Nato "in der bestehenden Form", weil sie ein Relikt aus dem Kalten Krieg sei und die Abhängigkeit Europas von den USA fortschreibe. Würde das nicht vor allem Russland nützen?

zwischen den militärischen Strukturen, die wir als Europäer nutzen müssen, und dem, wenn man so will, ideologischen Überbau. Um den geht es, nicht um die Zerstörung der Nato. Wir brauchen eine europäische Komponente einschließlich einer europäischen Armee innerhalb der militärischen Strukturen der Nato. Deutschland muss sehr viel mehr Verantwortung übernehmen. Gegenwärtig schauen wir in manchen Weltgegenden zu und sagen, das sollen die Franzosen allein machen, weil wir uns gerne raushalten. Das wird perspektivisch nicht gehen, wenn wir wirklich ernstmachen mit einem Europa, das nicht nur ökonomisch zusammenwächst. Wir wollen den Überbau verändern, aber nicht die Strukturen zerstören.

Wie trennt man das denn voneinander? Die USA sind Teil der Nato.

SCHRÖDER Das sollen sie ja auch bleiben. Aber wir müssen Probleme in Bereichen lösen, wo die Amerikaner nicht willens sind, sie allein oder überhaupt zu lösen. Dafür brauchen wir Möglichkeiten, in der Regel diplomatische, aber wenn es nötig ist, eben auch militärische. Wir brauchen mehr europäische Integration in den ökonomischen, in den politischen Fragen – aber auch in den militärischen.





Foto: Stefan Finger

Aber die Nato ist doch ein Militärbündnis. Wie lässt sich der Überbau, von dem Sie sprechen, davon trennen?

SCHÖLLGEN Der Überbau bestand in einem Weltbild, das einen klar definierten Gegner kannte: die Sowjetunion und ihren Warschauer Pakt. Ohne die weit nach Westen vorgeschobenen Positionen, welche die Sowjets nach Ende des Zweiten Weltkriegs bezogen hatten, wäre die Nato nie und nimmer gegründet worden. Man kann es auch so sagen: Ohne den Osten hätte es den Westen in dieser Form nicht gegeben. Das war der Überbau. Das Problem war und ist, dit der Implosion der Sowjetunion nicht nur der Unterbau der Nato – also ihre schen Strukturen, über die man reden kann – erhalten blieb, sondern auch jener Überbau.

Wie geht das denn genau? Das Militärbündnis soll weiterbestehen, habe ich verstanden. Wie wollen Sie das vom Überbau trennen?

SCHÖLLGEN Indem Europa zunächst und vor allem eine eigene Identität entwickelt. Die EU besteht heute im Wesentlichen aus einem sehr erfolgreichen, von stationären Grenzkontrollen weitgehend freien Binnenmarkt und einer erfolgreichen, aber mit dem Binnenmarkt wiederum nur teilidentischen Währungsunion. Aber das war's dann auch. Ohne eine eigene Armee, die diesen Namen verdient, sind im äußersten Fall nicht einmal die Außengrenzen des Binnenmarktes und der Währungsunion zu sichern.

Ich hatte gefragt, ob das nicht vor allem Russland stärken würde.

SCHRÖDER Warum? Wir müssen uns doch zunächst fragen, wer eigentlich unser Gegner ist und mit welchen Möglichkeiten wir uns verteidigen wollen, zur Not auch militärisch. Wenn wir den sogenannten Westen neu definieren, bleiben wir nicht fixiert auf die Vergangenheit des Kalten Krieges. Wir müssen Russland nicht als Gegner, sondern als potenziellen Partner begreifen. Dann relativiert sich das doch, weil wir ein Interesse daran haben, dass der Partner eine eigene Identität und eine eigene ökonomische Kraft entwickelt. Beim wirtschaftlichen Austausch können wir hilfreich sein, und umgekehrt können die Russen in der Energiefrage hilfreich sein, nicht nur für Deutschland, sondern für Europa.

In dem Buch werfen Sie dem Westen vor, Russland mit der Brille des Kalten Krieges zu sehen und nie richtig verstanden zu haben. Aber schaut Russland nicht mit der gleichen Brille auf den Westen?

SCHÖLLGEN Ist das nicht naheliegend? Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatte die Nato, die damit zu einem der erfolgreichsten Militärbündnisse aller Zeiten wurde, ihr Ziel erreicht. Und Russland, die Nachfolgerin der Sowjetunion, stand schon wegen der enormen territorialen Verluste vor dem Ruin. Dass die Nato in dieser Situation nicht nur blieb, wo sie war, sondern sich Schritt für Schritt nach Osten ausdehnte, dass die Amerikaner sich aus einer Reihe Abrüstungsvereinbarungen zurückzogen, warf im Kreml natürlich die Frage auf, ob der Westen nicht doch an seinem alten Feindbild festhielt.





Foto: Stefan Finger

Sie schreiben über Putin, er habe bei der Annexion der Krim Völkerrecht gebrochen, "aber den Verstand verloren hat er nicht". Er sei "kein Hasardeur". Halten Sie auch an Ihrem Wort von 2004 fest, Putin sei ein "lupenreiner Demokrat"?

SCHRÖDER Ach, wissen Sie, diese Diskussion mit den Etiketten, die lassen wir nun mal endlich! Ich verstehe Ihre Frage, aber ich denke gar nicht daran, immer wieder über dieses Stöckchen zu springen. Es geht in dem Buch um mehr als die Klassifizierung von Positionen und Personen, nämlich um die Strategie einer Außenpolitik, bei der Deutschland als Teil Europas eine Rolle spielen kann. Und wenn man eine Rolle spielen will, braucht man Partner. Russland ist ein wichtiger Partner, sowohl ökonomisch als auch politisch. Wir müssen von der Fixierung wegkommen, Russland als Fortsetzung der alten Sowjetunion zu betrachten, und wir müssen klären, wo die realen militärischen Bedrohungen liegen. Da denke ich vor allem an den internationalen Terrorismus. Wer sollen denn Deutschlands Partner sein? Russland wird als problematisch angesehen. China wird als problematisch angesehen. Das gilt auch für die Türkei, Saudi-Arabien. Bei allem Respekt für die sogenannte wertegebundene Außenpolitik: Mit wem wollen wir Handel treiben, mit wem wollen wir auf der politischen Ebene umgehen? Da ist unser Weltbild in Deutschland gelegentlich etwas einseitig.

In ganz Russland gehen Zehntausende gegen Putin und für die Freilassung des Oppositionellen Nawalny auf die Straße. Die Polizei geht weiter hart gegen Demonstranten vor. Auf wessen Seite sind Sie?

SCHRÖDER Herr Döbler, wir reden hier über ein Buch...

...das in mehreren Kapiteln von Russland handelt.

SCHRÖDER Das stimmt, aber es geht im Buch nicht um tagesaktuelle Diskussionen, sondern um grundsätzliche Richtungsentscheidungen in den europäisch-russischen Beziehungen, die zu treffen sind.

Halten Sie wie die Bundeskanzlerin die Freilassung Nawalnys für richtig?

SCHRÖDER Ich will mich auf diese Diskussion nicht einlassen, und dabei bleibe ich auch.





Co-Autor Gregor Schöllgen im Berliner Büro von Gerhard Schröder. Foto: Gudrun Senger

Neben der Nato und Russland spielt in dem Buch Europa eine große Rolle. Die Euro-Gruppe unter Führung von Deutschland und Frankreich müsse die EU zu einer politischen Union ausbauen. Wenn der "Kraftakt einer Neugründung Europas" nicht gelinge, sei Europa "endgültig gescheitert". Stellen Sie sich so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa vor, mit einer Zentralregierung in Brüssel?

SCHÖLLGEN Die Antwort lautet ohne Wenn und Aber: Ja. Wenn Sie sich die Entstehungsgeschichte der EU anschauen, dann haben die beziehungsweise einige Mitgliedsstaaten bis heute nur in einem Fall substanzielle nationalstaatliche Kompetenzen an die EU abgetreten: in der Währungsunion. Für eine "Union" im engeren Sinne reicht das vorn und hinten nicht. Was wir vor allem brauchen, ist eine gemeinsame Verfassung. Ohne sie fehlt dem Haus Europa das Fundament. 2004 waren wir schon einmal fast soweit. Da müssen wir erneut ran.

Hätte ein Bundeskanzler Schröder sehr gerne Macht an Brüssel abgegeben?

SCHRÖDER Nicht nur ich als Bundeskanzler, sondern auch meine Vorgänger und auch Frau Merkel haben immer deutlich gemacht, dass Deutschland bereit ist, Souveränität zu transferieren: um Europa besser, integrativer, einheitlicher zu machen. Wir brauchen grundsätzlich die Mehrheitsentscheidung. Wenn Sie im Europäischen Rat, gerade bei finanziellen Themen, ständig die Einstimmigkeit im Kopf haben müssen, können Sie das nötige Maß an Integration nicht erreichen. Schauen Sie doch auf die weltpolitische Konstellation: Wir erleben Amerika, das eine Supermacht bleiben wird. Wir erleben auf der anderen Seite Asien mit wachsender wirtschaftlicher und damit auch politischer Bedeutung unter Führung von China. Und was ist mit Europa? Wenn wir uns nicht gemeinsam zwischen Amerika und Asien behaupten, kommen auch im nationalen Maßstab Schwierigkeiten auf uns zu. Im militärischen Sektor wird das nicht so einfach sein mit Frankreich, zum Beispiel bei den atomaren Waffen. Aber immerhin hat Präsident Macron Hinweise gegeben, dass Frankreich auch in dieser Beziehung bereit sei, sich zu bewegen.

Können Sie sich denn mit dem Begriff der Vereinigten Staaten von Europa anfreunden?

SCHRÖDER Als Sozialdemokrat kann ich mich natürlich mit dem Begriff anfreunden, denn schon im Heidelberger Programm von 1925 hat die SPD die Vision der Vereinigten Staaten von Europa formuliert. Wir sind ein bisschen steckengeblieben – auch in meiner Zeit, das sage ich selbstkritisch. Die Vereinigten Staaten von Europa können ganz gut eine Vision bleiben, aber wir werden uns ihr in kleinen Schritten nähern müssen. Gegenwärtig geht es darum, in der Eurozone nicht nur eine gemeinsame Geldpolitik über die EZB, sondern eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik hinzukriegen. Wenn das nicht gelingt, werden wir mit der Währung immer wieder Schwierigkeiten haben. Aber die Vision sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

Wann kann sie Realität werden – reden wir von einigen Jahren oder von Generationen? Der Untertitel Ihres Buches sagt, eine neue Weltordnung brauche es jetzt.

SCHÖLLGEN So ist es. Es muss schnell gehen. Sehr schnell. Nicht wir bestimmen das Tempo, sondern die Herausforderungen, vor denen wir stehen: Krisen, Kriege und Konflikte aller Art lassen keine Spielräume.

Der Professor sagt, es muss jetzt passieren. Was sagt der Realpolitiker Schröder?

SCHRÖDER Ich bin da zurückhaltender. Die weitergehende politische Integration ist die Aufgabe dieser Generation. Viel Zeit dürfen wir nicht verstreichen lassen. Großbritannien hat immer gebremst, aber ist jetzt raus. Das könnte ganz heilsam sein, um die Einheit Europas voranzutreiben. Der Kern der EU, der vorangehen kann, wird die Eurozone sein.



Derzeit liegt eher das Nationalstaatliche im Trend. Wie lässt sich das umkehren?

SCHRÖDER Wir brauchen einen neuen Impetus, der nur von Frankreich und Deutschland ausgehen kann und zunächst eine einheitlichere Wirtschafts- und Finanzpolitik angeht. Ich kenne die Probleme aus eigener Erfahrung, aber wir müssen das hinbekommen. Dass die Vorschläge von Präsident Macron in Deutschland sehr zögerlich aufgenommen wurden, muss ich kritisieren. Da müssen wir rascher weiterkommen, sonst werden wir als Europäer nicht die Chance bekommen, eine Rolle zwischen Amerika einerseits und Asien unter der Führung Chinas andererseits zu spielen. Das geht nicht im nationalen Maßstab! National kann man zusätzlich Dinge machen. Nehmen Sie ein Beispiel: Es war richtig, die Impfstoffe europäisch einzukaufen. Aber was hat uns denn daran gehindert, für uns selber ergänzend Kontingente zu sichern? Das verstehe ich nicht.

Das hieße in der Konsequenz aber auch, das Subventionssystem der EU aufzulösen.

SCHRÖDER Das ist wohl wahr. Natürlich muss man mit einem weiteren Abbau der Subventionen in der Landwirtschaft beginnen.

Sie beschreiben auch, wie die Türkei sich zunehmend von Europa abwendet. Sehen Sie eine Chance, das aufzuhalten oder umzukehren? Oder ist das vorbei?

SCHRÖDER Nein, das ist nicht vorbei. In der Türkei gibt es auch nicht die eine Haltung zu Europa. Der Westen des Landes denkt anders als der Osten. Es gab 1963 das Versprechen, die Türkei in einem längeren Prozess in die EU aufzunehmen, und dann auch ernsthafte Anstrengungen, übrigens auf beiden Seiten, viele davon in meiner Zeit. Das Wort von der privilegierten Partnerschaft war dann aber das Signal: Bleibt draußen. Nun bin ich mit dem, was in der Türkei innenpolitisch passiert, auch nicht immer einverstanden. Aber der Weg zu mehr Demokratie führt nicht über Abgrenzung. Dialog ist gefragt – das trifft auf die Türkei zu, aber nicht nur auf sie. Wenn man es geographisch betrachtet, braucht Europa Partner wie die Türkei und Russland, um zu seiner Stärke zu finden. Wir sollten uns Wege nicht verbauen, die uns stärker machen.

Diese Argumentation haben Sie nicht heute erfunden, das sagen Sie schon lange. Man müsse auch auf Staaten zugehen, die nicht so für die demokratischen Werte stehen wie wir. Aber das stößt auf Kritik – wie erklären Sie sich das?



SCHRÖDER Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ein Beispiel: Das Europäische Parlament hat eine Resolution gegen den Bau von Nord Stream 2 verabschiedet. Unabhängig von meiner eigenen Rolle: Macht das wirklich Sinn, wegen der innenpolitischen Situation in Russland auf europäische Infrastrukturmaßnahmen dieser Bedeutung zu verzichten? Zumal wir gerade dabei sind, aus der Kernenergie und aus der Kohle auszusteigen. Nord Stream 2 soll die Energieversorgung der nächsten Generation sicherstellen...

...aber die Menschen scheinen diesen Argumenten nicht folgen zu wollen.

SCHRÖDER In Umfragen sagt die Mehrheit der Befragten, dass die Pipeline fertiggebaut werden soll. Da gibt es eine Differenz zwischen dem, was in gedruckten Medien gelegentlich aufgeschrieben wird, und dem, was das Volk wirklich wünscht. Das gilt nicht nur für den Osten Deutschlands. Das Russland-Bashing, was da betrieben wird, ist nicht die Mehrheitsmeinung unseres Volkes – davon bin ich jedenfalls überzeugt.

Sie haben Nord Stream 2 selbst genannt. Halten Sie es für möglich, dass der Sanktionsdruck die Fertigstellung verhindert?

SCHRÖDER Ich hoffe nicht! Wohin soll das führen, wenn die amerikanische Politik bestimmen will, welche Form von Energiepolitik wir machen? Die USA können uns doch nicht vorschreiben, welches Gas wir benutzen, zumal sie nicht ganz frei sind von eigenen ökonomischen Interessen. Natürlich möchten die Amerikaner Fracking-Gas in Deutschland verkaufen, aber das ist umweltschädlich, teurer und qualitativ nicht so gut verwendbar wie das Pipeline-Gas, etwa für die Spezialchemie. Wenn wir die Fertigstellung stoppen, sägen wir energiepolitisch den Ast ab, auf dem wir sitzen.

SCHÖLLGEN Ich verstehe nicht, warum es nur um Nord Stream 2 geht. Russland liefert sein Gas derzeit über vier Routen: zwei transkontinentale Leitungen, Nord Stream 1 und per Schiff. Wenn man konsequent wäre, müsste man russische Gaslieferungen komplett sanktionieren.

SCHRÖDER Was aber energiepolitisch eine Katastrophe wäre!

Sie haben die USA angesprochen. Wie beurteilen Sie die ersten Tage des neuen Präsidenten Joe Biden?

SCHRÖDER Er hat wichtige und richtige Entscheidungen getroffen, nämlich in die WHO und das Pariser Klimaschutzabkommen zurückzukehren. Das war ein notwendiger Bruch mit der Trump-Politik. Ich hoffe, dass er auch in Bezug auf Iran eine mutige Politik wählt und die prossenen Abkommen wiederherstellt. "America First" wird allerdings nicht inden, das ist in der amerikanischen Gesellschaft verankert.

SCHÖLLGEN So nehme ich das auch wahr. Wir werden ermutigende Signale sehen, wie in diesen Tagen die Bereitschaft der USA, den New-Start-Vertrag mit Russland über die Begrenzung der strategischen Atomwaffen zu verlängern. Aber mit grundlegenden Kurskorrekturen in der amerikanischen Außenpolitik sollten wir nicht rechnen.



Gregor Schöllgen war beim Interview per Skype zugeschaltet. Foto: Stefan Finger



Co-Autor aus Düsseldorf

Gregor Schöllgen Der 68-jährige Historiker, geboren und aufgewachsen in Düsseldorf, ist emeritierter Professor der Uni Erlangen. 2015 hat er bereits eine Schröder-Biographie veröffentlicht.

"Letzte Chance" Das Buch, das Schöllgen nun gemeinsam mit dem siebten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland verfasst hat, ist seit 25. Januar erhältlich und bei der Deutschen Verlags-Anstalt erschienen.

Lassen Sie uns noch zur Innenpolitik kommen. Sie haben meinem Vorgänger bei der Rheinischen Post im September 2019 eine Wette angeboten, dass Armin Laschet Kanzlerkandidat der Union wird. CDU-Vorsitzender ist er jetzt. Während der Pandemie hat sich Markus Söder profiliert – wie sehen Sie dessen Chancen in der K-Frage?

SCHRÖDER Armin Laschet hat damals in dem Gespräch gesagt, dass mein Einfluss in der CDU begrenzt sei. Da hat er völlig recht. Ich will da keine Ratschläge geben. Markus Söder macht in Bayern eine sehr entschiedene Politik. Das hat geholfen, um ein gemeinsames Bewusstsein im Volk für die Gefahr durch Corona zu schaffen. Aber wenn ein CDU-Vorsitzender sagt, ich will nicht, das soll der andere machen, dann kriegt er in der eigenen Partei das eine oder andere Problem. Meine Wettchancen stehen also weiterhin nicht schlecht.

Der Typus von Söder ist Ihnen aber näher, oder?

SCHRÖDER Das höre ich auch immer. Schauen Sie: In der Politik muss man auch mal das Risiko eingehen zu scheitern. Es ist besser, eine klare Position zu haben, als nur vermittelnd tätig zu sein, natürlich immer abgestimmt mit dem Koalitionspartner. Je schwieriger die Zeiten werden, desto wichtiger ist politische Führung, für das Land, aber auch für einen selbst.

Und für wen spricht das jetzt?

SCHRÖDER (lacht) Wie gesagt: Mein Einfluss in der Union ist begrenzt.

Vor einem halben Jahr haben Sie gesagt, unabhängig von der K-Frage der Union werde es zu einer schwarz-grünen Koalition kommen. Geben Sie dem SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz e Chance, ein Bündnis mit Grünen und Linken zu schmieden?

SCHRÖDER Von heute aus betrachtet ist das keine wahrscheinliche Konstellation. Auch weil die Grünen inzwischen eine neokonservative Partei sind. Die wollen Schwarz-Grün. Aber wenn ich jemandem zutraue, die SPD zu einem Wahlerfolg zu führen, dann sicher Olaf Scholz.

Wir haben viel über Außenpolitik geredet. Was halten Sie vom amtierenden Außenminister Heiko Maas aus Ihrer Partei?

SCHRÖDER Tja.

Tja?

SCHRÖDER (lacht) Ich vergebe hier keine Schulnoten.

